

# TOTAL unethisch

## Dem Ölkonzern werden schwere Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit dem Bau einer Pipeline vorgeworfen

**Ulrike Bey**

**Ein weltweiter Aktionstag gegen den französischen Ölkonzern Total am 3. Februar 2006 wirft wieder einmal Licht auf die Frage nach der unternehmerischen Verantwortung bei Geschäften mit dem diktatorischen Regime.**

Total wird vorgeworfen, mitverantwortlich für schwere Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit dem Bau einer Pipeline zwischen 1995 und 1998 zu sein. Außerdem mache sich der Konzern heute zum Komplizen für die Machenschaften des für seine Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung bekannten Regimes, ganz einfach durch die Bereitstellung finanzieller Ressourcen aus den enormen Erlösen des Erdgasverkaufs. Dafür soll sich der Konzern in Frankreich und Belgien vor Gericht verantworten. In den USA hatte es bereits Verfahren gegen den amerikanischen Konzern Unocal, der in Burma eng mit Total zusammen gearbeitet hat, gegeben (siehe südostasien 1/2004). Anfang 2005 einigte sich Unocal mit den betroffenen Klägern außergerichtlich auf Schadensersatzzahlungen. Total verpflichtete sich im November zu Zahlungen in Höhe von 5,2 Millionen Euro an ehemalige Zwangsarbeiter und Flüchtlinge in Thailand. In Belgien wurde die Kla-

ge aus Verfahrensgründen abgewiesen.

Total erhielt 1992 den Zuschlag, das Yadana-Feld im Golf von Martaban zusammen mit der staatlichen Firma Myanmar Oil and Gas Enterprise (MOGE) zu erforschen und auszubeuten. Weitere Anteilseigner wurden der amerikanische Ölkonzern Unocal (28 Prozent) und die thailändische Firma Petroleum Authority of Thailand Exploration and Production Public Co.Ltd.(PTT-EP) mit 25 Prozent. MOGE besitzt 15 Prozent der Anteile, Total behielt 31 Prozent.

Um das Erdgas zu seinem Verkaufsort Thailand zu transportieren, wurde eine 63 Kilometer lange Pipeline durch die Tenasserim-Region gebaut, ein Gebiet, in dem ethnische Mon und Karen seit Jahrzehnten in den bewaffneten Konflikt mit dem Militärregime verwickelt sind.

Mit dem Schutz des Baus der Pipeline wurde das burmesische Militär beauftragt. Das führte zu einer massiven Militarisierung des Gebietes mit dramatischen Folgen für die ansässige Bevölkerung. Total, dem die Reputation des Militärs in Burma bekannt sein musste, wird die Mitwisserschaft und Duldung von Zwangsumsiedlungen, Zwangsarbeit, Misshandlung der zivilen Bevölkerung und Umweltzerstörung vorgeworfen. Der Konzern habe wenig getan, um

die Menschenrechtsverletzungen zu verhindern.

### Total bestreitet alle Vorwürfe

Total leugnet die Mitwisserschaft und weist die Vorwürfe zurück. Außerdem verteidigt sich der Ölkonzern damit, ein Sozialentwicklungsprogramm für die 13 Dörfer im Gebiet der Pipeline initiiert zu haben, das später auf 23 Dörfer erweitert wurde und heute 45.000 Menschen im Pipeline-Gebiet erreichen soll. Das Programm beinhaltet Gesundheitsdienste, Bildungsprojekte, lokale Industrieentwicklung, Mikrokredite und Infrastrukturentwicklung. Angesichts der Millionengewinne für Total ist ein solches Vorzeige-Projekt »Peanuts«.

Eine Evaluation durch das Corporate Engagement Project hatte zwar ergeben, dass sich der Lebensstandard für zahlreiche Anwohner wesentlich verbessert habe, aber vor allem die ärmere Bevölkerung nicht genügend davon profitiere, da sie nicht in den Genuss der Kredite gekommen sei. Außerdem wird die ungleiche Entwicklung in der Umgebung mit Sorge beobachtet: Außerhalb des Pipeline-Korridors gibt es keine positiven Effekte, auch die Militärpräsenz hat dort keineswegs abgenommen. Der durch den Erdöl- und Erdgasverkauf erworbene Reichtum hat nicht zu einer Hebung des all-

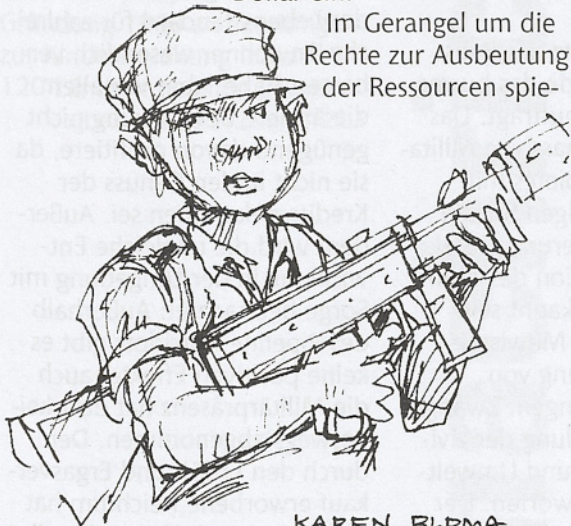
gemeinen Lebensstandards in Burma geführt. Vielmehr berichtete Jane's Defence Weekly im Juli 2001 vom Kauf russischer MiG -29 Kampfflugzeuge mit Geld aus Erdgasverkäufen nach Thailand.

### Bei EU-Verbot wurde Öl- und Erdgasindustrie ausgespart

Darüber hinaus ist anzunehmen, dass ohne das Engagement des französischen Konzerns auch die Politik der Europäischen Union kohärenter wäre. Schließlich wurde bei der Verhängung eines Verbotes auf Investitionen und Beteiligungen an Staatsunternehmen im Gemeinsamen Standpunkt der Europäischen Union von Oktober 2004 unter anderem der lukrative Bereich der Öl- und Erdgasindustrie einschließlich der Joint Ventures mit MOGE ausgespart.

Die Energiereserven Burmas sind immens. Der Öl- und Gassektor in Burma hat den größten Anteil an ausländischen Direktinvestitionen. Der Verkauf von Erdgas allein aus dem Yadana-Feld, dem größten Auslandsinvestitionsprojekt in Burma, bringt dem Militär jedes Jahr Einnahmen in Höhe von zwischen schätzungsweise 200 und 450 Millionen US-Dollar ein.

Im Gerangel um die Rechte zur Ausbeutung der Ressourcen spie-



KAREN BURMA

len nicht nur die westlichen Konzerne Total und Unocal sowie früher die britische Premier Oil mit. Die meisten Investoren kommen aus Asien. Vor der Küste Burmas sind in den unterschiedlichen Erdgasfördergebieten wie beispielsweise Yetagun oder Shwe Firmen wie Malaysias Petronas, Thailands PTT-EP, Japans Nippon Oil oder der südkoreanische Konzern Daewoo aktiv. Noch sind nicht alle Quellen erschlossen und die in Blöcke aufgeteilten Gebiete verteilt. Gerade erst hat Burma ein informelles Abkommen zur Ausbeutung der Gasressourcen an der Westküste mit PetroChina getroffen und Indien, das zur Deckung seines eigenen Energiebedarfs auf den Vertrag spekuliert hatte, damit ausgebootet. Der Abschluss des offiziellen Vertrages mit China gilt als reine Zeitfrage.

Ein Argument, das gegen Totals Kritiker ins Feld geführt wird, ist, sollte der französische Ölgigant tatsächlich dem Druck nachgeben und sich aus Burma zurückziehen, dass die teils staatlichen Unternehmen aus den energiehungrigen Nachbarländern nur allzu bereit seien, die Verträge zu übernehmen. Sozial- und Umweltstandards würden dort nicht einmal existieren. Eine Verminderung der Staatseinnahmen für das Militärregime wäre nicht zu erwarten. Pipelines würden trotzdem gebaut und die Gefahren für die lokale Bevölkerung nicht sinken.

Absehbar ist aber auch, dass damit die Sabotageakte zunehmen werden. Erst Anfang Februar sind Teile einer Pipeline, die die Zementfabrik in Myaingkalay im Mon-Staat versorgt, explodiert. Die Täter sind nicht bekannt. Zu anderen Anschlägen bekannte sich Karen National Union (KNU), die dem Ölkonzern vorwirft, dass das Regime durch die Einnah-

men aus dem Erdgasverkauf die Aufrüstung der Armee und dadurch den Krieg gegen die Karen finanziere.

Über die Frage, ob der Ausschluss oder Rückzug eines Unternehmens wie Total zu einer besseren politischen Entwicklung in Burma beitragen kann, herrschen unterschiedliche Meinungen. Fest steht jedoch, dass mit dem Verfahren gegen Unocal – durch das auch Total aufgrund der engen wirtschaftlichen Verknüpfungen der Ölriesen in Burma nicht unschuldig dasteht – die Frage der Verantwortlichkeit bei der Verletzung individueller Rechte im Krieg oder Konflikt, bei schweren Umweltschäden, Korruption oder der Verletzung anderer ethischer Normen, in den Mittelpunkt gerückt wurde. Gefordert sind viel mehr bindende Regelungen, Standards und Mechanismen, die multinational agierende Unternehmen zur Verantwortung für ihre Aktivitäten ziehen.

Längst sind die Kritik und der politische Druck auf Unternehmen, die mit dem Militärregime Geschäfte machen, nicht mehr Sache des Westens. Im vergangenen Jahr gab es Proteste von Betroffenen sowie Menschenrechts- und Umweltaktivisten vor der Konzernzentrale von Daewoo in Südkorea, aber auch in Indien und in Thailand. Diese Proteste werden zukünftig eher zu- als abnehmen.

In Burma übrigens ist die legal erhältliche Benzinmenge beschränkt und das Licht fällt regelmäßig aus – die Energieversorgung ist hier nicht gewährleistet.

Die Autorin arbeitet für die Burma-Initiative des Asienhauses.